



**verband binationaler  
familien und partnerschaften**

## Zusammenfassung der Ergebnisse von der Befragung „Wahlprüfsteine 2013“ Schwerpunkt 1: Sprache und Mehrsprachigkeit

*Wir fragten die Parteien, welche Maßnahmen sie bezüglich des Sprachnachweises für Partner aus Drittstaaten, die nach Deutschland nachziehen wollen, planen und ob sie sich für eine Änderung der gesetzlichen Vorgaben einsetzen.*

**SPD, Bündnis 90/die Grünen** und **Die Linke** sprechen sich für eine Aufgabe des Sprachnachweises vor der Einreise aus.

**Christlich-  
Demokratische Union/  
Christlich Soziale Union  
in Bayern**



**CDU/CSU** sehen im Erlernen der deutschen Sprache vor der Einreise eine große Chance, sich im Bundesgebiet zügig und gut zu integrieren. Dies sehen sie als eine „vorausschauende Integration“, die von vielen Ehepartnern begrüßt werde und die sie daher mit Angeboten verstärken wollen.



**Freie Demokratische  
Partei**



Die **FDP** will an dem Nachweis deutscher Sprachkenntnisse beim Nachzug festhalten, räumt jedoch ein, dass die Ausgestaltung angesichts des gebotenen Schutzes von Ehe und Familie so einfach wie möglich ausfallen müsse und hält daher eine Flexibilität und die Berücksichtigung von Härtefällen als unerlässlich. Die FDP sieht, dass es oftmals keine Spracherwerbsmöglichkeiten vor Ort gibt, Prüfungen nur in extremer Entfernung oder zu hohen Preisen abgelegt werden können.



**verband binationaler  
familien und partnerschaften**

<p><b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b></p> 	<p>Die <b>SPD</b> hebt die Bedeutung der deutschen Sprache für den Integrationsprozess hervor und weist auf die von rot-grün eingeführten Integrationskurse hin. Jeder nachziehende Ehegatte habe einen Integrationskurs zu besuchen, sofern keine Deutschkenntnisse auf dem Niveau B 1 vorliegen. Die SPD betont, dass die Einführung des Sprachnachweises vor der Einreise in der Koalition mit der CDU/CSU als Kompromiss erfolgte, um im Gegenzug eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete zu erwirken. Da das damalige Ziel, Zwangsehen zu verhindern, nicht nachweislich erreicht werden konnte, jedoch viele dokumentierte Fälle zeigen, dass zahlreiche Paare nicht zusammen kommen konnten, brachte die SPD im März 2012 einen Gesetzentwurf zur Aufhebung dieser Regelung ein.</p>
<p><b>Bündnis 90/Die Grünen</b></p> 	<p><b>Bündnis 90/Die Grünen</b> weist auf ihren Gesetzentwurf zur Abschaffung der Regelung hin, der von der schwarz-gelben Koalition abgelehnt wurde.</p>
<p><b>Die Linke</b> <b>DIE LINKE.</b></p>	<p><b>Die Linke</b> kritisierte diese Regelung von Beginn an sehr scharf, die sie als Methode einer sozial selektiven Beschränkung des Familiennachzugs ansieht. Sie wies regelmäßig auf die inakzeptable, verfassungs- und EU-Rechtswidrigkeit hin, die sie ausführlich herleitet, und forderte ihre Rücknahme. Die Linke spricht sich für „eine konsequente Förderung des freiwilligen Spracherwerbs unter qualitativ hochwertigen Bedingungen“ aus.</p>



**verband binationaler  
familien und partnerschaften**

*Wir fragten weiter, wie über die Vorteile von Mehrsprachigkeit besser informiert und Familien unterstützt werden können? Uns interessierte, ob die Parteien, die Förderung von Mehrsprachigkeit in Kindergarten und Schule vorantreiben wollen und mit welchen Maßnahmen?*

**Christlich-  
Demokratische Union/  
Christlich-Soziale Union  
in Bayern**

Die Mitte **CDU**



Laut **CDU/CSU** fußt die Interkulturelle Öffnung des Bildungswesens auf zwei Schwerpunkten: auf der Sensibilisierung und dem Training von Lehrkräften und auf dem verstärkten Einsatz von Lehrkräften mit Zuwanderungsgeschichte. Den Schulerfolg sehen CDU/CSU in Abhängigkeit vom Bildungsbewusstsein der Eltern. Diese seien bisweilen unzureichend mit dem deutschen Bildungssystem vertraut. Daher liegt der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit in der individuellen Lernförderung sowie in der verstärkten Elternarbeit. Mehrsprachigkeit gilt es auf der Basis der deutschen Sprache aufzubauen. Die Förderung muss früh ansetzen. Daher gilt es die Schwerpunkt-Kitas sowie die Erzieherinnen und Erzieher verstärkt zu unterstützen. Dies hilft den Bilingualen und den Zuwandererfamilien. CDU/CSU befürworten den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen mit mehr Betreuung am Nachmittag.



**Freie Demokratische  
Partei**



Die **FDP** sieht in der Mehrsprachigkeit und interkulturellen Kompetenz einen enormen Vorteil in einer globalisierten Welt. Kinder und Jugendlichen, die diese Fähigkeiten von zuhause mitbringen, sind darin zu fördern, aber auch anderen Schülerinnen und Schülern ist der Zugang zu anderen Sprachen zu ermöglichen. Daher sollten Kitas und Schulen mit zweisprachigem Ansatz unterstützt werden. In der Lehrer- und Erzieherausbildung soll analog gezielt Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz in den Blick genommen werden. Die FDP spricht sich im Interesse einer erfolgreichen Schullaufbahn für eine Sprachförderung von Kindern nicht-deutscher Herkunftssprachen im vorschulischen Bereich aus.



**verband binationaler  
familien und partnerschaften**

<p><b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b></p> 	<p>Die <b>SPD</b> sieht Mehrsprachigkeit als wichtiges Potential, das durch eine gezielte sprachliche Förderung realisiert werden kann. Die Grundlagen hierfür sind in der Kita und der Schule zu legen, die gemeinsam mit den Eltern eine gezielte Sprachförderung der Kinder leisten müssen. Dabei können flankierend Familienzentren beraten und unterstützen. Die SPD will diese Familienzentren fördern und qualitativ weiter entwickeln. Sie setzt auf die frühkindliche Bildung als wichtige Grundlage für gleiche Startchancen und spricht sich für das Einlösen des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz aus. Gleichzeitig sieht die SPD die Anforderungen an Erzieher/innen und Lehrer/innen, Mehrsprachigkeit zu fördern und die deutsche Sprache zu vermitteln, was sich in der Ausbildung der Fachkräfte niederschlagen muss. Die SPD will daher eine Fachkräfteoffensive für Erzieher/innen unterstützen sowie die Angebote der Lehrerfortbildung ausbauen.</p>
<p><b>Bündnis 90/Die Grünen</b></p> 	<p><b>Bündnis 90/Die Grünen</b> argumentiert aus ihrem Inklusionsverständnis heraus und will Mehrsprachigkeit als zusätzliche Kompetenz eines Menschen gefördert wissen. Sie spricht sich folglich bei Bedarf dafür aus, nicht-deutsche Familiensprachen als regulären Fremdsprachenunterricht in Kitas und Schulen anzubieten. Liegen weniger gute Deutschkenntnisse vor, so kann es für den Erwerb guter Deutschkenntnisse sinnvoll sein, zunächst auch korrekte Erstsprachkenntnisse zu vermitteln. Den Lehrkräften kommt die wichtige Rolle zu auf allen Ebenen und in allen Fächern Deutsch als Bildungssprache einer heterogenen Schülerschaft vermitteln.</p>
<p><b>Die Linke</b> <b>DIE LINKE.</b></p>	<p>Für <b>Die Linke</b> kann Mehrsprachigkeit als Bereicherung dann erreicht werden, wenn Vorurteilsstrukturen abgebaut und entsprechende Angebote für alle kostenfrei zugänglich gemacht werden. Die Linke sieht hierin Vorteile für Bildungsprozesse, die allen Kindern zu Gute kommen und entsprechend müssen sich die Einrichtungen auf individuell unterschiedliche Lernbedürfnisse ausrichten. Deshalb sollte Deutsch als Zweitsprache sowie interkulturelle Kompetenz verpflichtend in der Ausbildung von Lehrkräften sein.</p>